



Stellungnahme

Zur aktuellen Diskussion über psychisch erkrankte „Gefährder“

Die Landesarbeitsgemeinschaft Angehörige Psychiatrie Brandenburg (LAG APB) sieht sich angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Diskussion über psychisch erkrankte "Gefährder" und deren mögliche Erfassung in Listen zu einer klaren Stellungnahme veranlasst. Als Vertretung der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen in Brandenburg positionieren wir uns entschieden zu dieser gesellschaftlich und menschenrechtlich bedeutsamen Thematik.

In der aktuellen politischen Debatte fehlt allzu oft die grundlegende Erinnerung daran, dass wir von **Menschen** sprechen, die Hilfe benötigen – nicht von abstrakten Sicherheitsrisiken. Diese Entmenschlichung der Diskussion bereitet uns als Angehörige große Sorge.

Faktenbasierte Analyse

Wir schließen uns der Resolution der Fachtagung "50 Jahre Psychiatrie-Enquête" vom Juni 2025 an, die von 14 Fachverbänden getragen wird und eine nüchterne, wissenschaftlich fundierte Betrachtung fordert:

Wissenschaftlich belegte Fakten:

- **Schwere Gewalttaten von psychisch erkrankten Menschen haben nicht zugenommen** (wissenschaftlich belegt)
- Zugenommen hat lediglich die Berichterstattung, insbesondere in sozialen Medien
- **Psychisch erkrankte Menschen werden deutlich häufiger Opfer als Täter** – sowohl im öffentlichen Raum als auch durch Retraumatisierung bei Zwangsmaßnahmen
- Das statistisch erhöhte Täter-Risiko bezieht sich primär auf das nahe Umfeld, nicht auf Fremdgefährdung im öffentlichen Raum

Gesellschaftliche Realitäten:

- Existenzielle Bedrohung entsteht durch prekäre Lebensbedingungen, krisenhafte gesellschaftliche Entwicklungen und insbesondere durch **Obdachlosigkeit**, die bei psychisch erkrankten Menschen dramatisch zugenommen hat
- Die eigene Wohnung ist "unsere zweite Haut, unser Schutzraum" – in einer Psychose den Blicken aller ausgesetzt zu sein, macht Paranoia zu Realität

Unsere Position zu "Gefährder-Listen"

"Gefährder-Listen" sichern niemanden!

Die pauschale Weitergabe von Daten:

- macht psychisch erkrankte Menschen zu Bürgern zweiter Klasse
- ist praktisch unpraktikabel
- erhöht die Stigmatisierung von bis zu einem Drittel der Bevölkerung
- **schreckt gerade die von Hilfe ab, die sie am dringendsten brauchen**

Diese Maßnahmen widersprechen sowohl den Grundrechten als auch den Zielen einer wirksamen Psychiatrie und Gemeindepsychiatrie.

Bitte wenden

Notwendige Maßnahmen für Brandenburg

Statt auf Ausgrenzung zu setzen, benötigt Brandenburg:

1. Grundrecht auf Wohnen verwirklichen

Das menschliche Grundrecht auf Wohnen für die wachsende Gruppe obdachloser psychisch erkrankter Menschen muss umgesetzt werden.

2. Aufsuchende und nachgehende Behandlung

- Intensive Krankenhaus- und ambulante Behandlung
- Verbindliche Kooperation aller Leistungserbringer einer Region
- Regionale Pflichtversorgung in **Gemeindepsychiatrischen Verbänden**

3. Verbindliche Kommunikation statt Ausgrenzung

Zu einem funktionierenden Verbund gehört verbindliche Kommunikation – im akuten Notfall auch mit Sicherheitskräften – aber **nicht mit dem Ziel der Ausgrenzung und Verschiebung von Verantwortung**, sondern der **gemeinsamen Zuständigkeit** und damit verbundenen größeren Haltefähigkeit.

Appell an die Politik

Wir appellieren an das Ministerium und alle Verantwortlichen in Brandenburg:

- **Keine Gefährder-Listen** für psychisch erkrankte Menschen
- **Stärkung der Gemeindepsychiatrie** statt Sicherheitsmaßnahmen
- **Investitionen in Wohnraum** für psychisch erkrankte Menschen
- **Ausbau aufsuchender Hilfen** zur Krisenprävention
- **Entstigmatisierung** durch Aufklärung und faktenbasierte Kommunikation

Aus Sicht der Angehörigen

Als Angehörige erleben wir täglich, wie unsere psychisch erkrankten Familienmitglieder unter Stigmatisierung leiden. Weitere Ausgrenzung durch "Gefährder-Listen" würde:

- Das Vertrauen in das Hilfesystem zerstören
- Behandlungsabbrüche fördern
- Familien zusätzlich belasten
- Die Genesung erschweren

Wir brauchen eine Psychiatriepolitik, die auf Hilfe und Integration setzt – nicht auf Kontrolle und Ausgrenzung.

Schlussfolgerung

Die überwältigende Mehrheit psychisch erkrankter Menschen ist nicht gefährlich, sondern hilfsbedürftig. Eine Politik, die auf Angst und Vorurteilen basiert, wird weder die Sicherheit erhöhen noch den Betroffenen helfen.

Brandenburg hat die Chance, bundesweit Vorbild zu sein für eine menschenrechtsorientierte, gemeindepsychiatrische Versorgung. Nutzen wir diese Chance – für eine Gesellschaft, die Menschen mit psychischen Erkrankungen als vollwertige Mitbürger*innen respektiert und ihnen die Hilfe gibt, die sie benötigen.

Potsdam, den 21.06.2025

Sabine Büschel
Erste Sprecherin

Anne Lück
Zweite Sprecherin

Christine Fischer
Stellv. Sprecherin

Anlagen: Resolution zu 50 Jahre Psychiatrie-Enquête der Aktion Psychisch Kranke e.V.